

# Der Vollzugsdienst

4-5/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gefangenenzzeitung  
„der lichtblick“ greift  
Bedienstete massiv an**

Justizverwaltung in Berlin  
bleibt untätig

Seite 1

**Moderne Technik und Justiz-  
vollzug: Schöne neue Welt –  
aber nicht hinter Gittern!**

Erfahrungsbericht  
einer leidgeprüften Kollegin

Seite 41

**Niedersächsische  
Vollzugsbedienstete gehen  
auf die Straße**

VNSB hatte zur Demonstration  
vor dem Landtag aufgerufen

Seite 51

## Wahnsinn hinter Stahl und Beton

**Dauerbrenner im Justizvollzug:  
„Wie umgehen mit psychisch  
auffällig Inhaftierten?“**

Lesen Sie mehr dazu  
ab Seite 5 dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BAYERN



RHEINLAND-PFALZ

Foto: © Yay Images / stock.adobe.com

# INHALT

## BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Gefangenenzzeitung „der lichtblick“ greift Bedienstete massiv an – Justizverwaltung Berlin bleibt untätig
- 2 Die Tarifforderungen liegen auf dem Tisch
- 4 40. Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10./11. November in Soltau/Niedersachsen
- 4 Nach langer Pause wieder ein BSBD Bundesseminar
- 5 Wahnsinn hinter Stahl und Beton – Eine Tragödie in vielen Akten
- 8 Arbeit hinter verschlossenen Türen – Psychologen und Psychotherapeuten in Justizvollzugsanstalten
- 10 Bundesseniorenvertreter Klaus Neuenhüsches geht von Bord

## LANDESVERBÄNDE

- 11 Baden-Württemberg
- 26 Bayern
- 32 Berlin
- 36 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 40 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 76 Sachsen
- 77 Sachsen-Anhalt
- 82 Thüringen
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<a href="mailto:vollzugsdienst@bsbd.de">vollzugsdienst@bsbd.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
<b>Hamburg</b>	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de <a href="http://www.bsbd-isa.de">www.bsbd-isa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 6/2021:

➡ ➡ 14. Dezember 2021



## Wahlen, was war – was wird!?

**Aus Anlass der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat der dbb berlin eine Bilanz über fünf Jahre rot-rot-grüne Landesregierung gezogen und geprüft, inwieweit der Berliner Senat in der zu Ende gehenden Legislaturperiode seiner Verantwortung für den öffentlichen Dienst und seiner Beschäftigten nachgekommen ist. Das Ergebnis ist, gelinde gesagt, deprimierend, egal, ob es unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten oder zukunftsgerichteter Planung von Personal und Arbeitsumgebung betrachtet wird.**

In dieses negative Szenario verpasster Chancen und Möglichkeiten fügt es sich wie maßgeschneidert ein, dass der **BSBD Berlin** Fragen an die Rechtspolitiker gerichtet hat, die für uns im Justizvollzug von großer Bedeutung sind. Auch wenn die Wahlen bereits vorüber sind und wir alle unser Kreuz gesetzt haben, wenn diese Ausgabe erscheint, ist es wichtig zu wissen, was die Politik vorhat und an Veränderungen im Justizvollzug plant!

Seit Jahren drängt der **BSBD** darauf, dass der Justizvollzug mit allen seinen Berufsgruppen nicht die Verlierer im Bereich „Zukunft“ sein dürfen! Attraktivität, Perspektiven und auch die Umgangsform mit den Beschäftigten im Justizvollzug im Zusammenhang mit Anerkennung und Wertschätzung sind hierbei elementare Bestandteile eines guten Justizvollzuges. Anerkennung und Wertschätzung sind übrigens auch wichtige Begriffe im Umgang mit dem eigenen Personal. Der **BSBD Berlin** sieht hier inzwischen deutlichen Handlungsbedarf!

### **Einfluss der Medien**

Noch nie haben die Medien im Vorfeld einer Wahl so viel Einfluss auf die Wähler/innen ausgeübt wie derzeit! Dazu haben vor allem die „Sozialen Medien“ beigetragen.

Aber auch das weiter gestiegene Interesse vieler Menschen, die eigene Meinung kund zu tun, und die aktuelle

gesellschaftliche Situation in Deutschland haben ein großes Interesse an den Aussagen der Politiker bei den Bürgerinnen und Bürger hervorgerufen und auch zusätzlich dazu beigetragen, sich selbst zu äußern und zu beteiligen.

Aber gerade die Art der Berichterstattung, auch der seriösen Medien, macht es uns allen immer schwerer, klare Aussagen, für die für uns so wichtigen politischen Themen und deren Unterschiede zu erkennen.

Dabei geht es nicht nur um die sog. „Fakenews“, die es uns zusätzlich leider immer schwerer machen, die Wahrheit von der Unwahrheit zu unterscheiden.

Die Zeit ist so schnelllebig, dass viele politische Entscheidungen der letzten Jahre schon wieder fast in Vergessenheit geraten sind!

Was war denn vor zwei oder drei Jahren gerade aktuelles Thema? Was geschah damals im Justizvollzug?

Klare Fragen und Antworten sind daher entscheidend.

### **Es betrifft uns ...**

Bereits in der Vergangenheit haben wir mit Fragen vor den Wahlen an die Politik versucht, ein wenig in die Zukunft des Justizvollzuges zu schauen und entsprechende Aussagen zu erhalten.

Gemeinsam mit dem Berliner Vollzugsbeirat und dem Verein der leiten-

den Mitarbeiter/innen im Justizvollzug haben wir als **BSBD Berlin** einen Fragenkatalog erstellt und den Parteien zukommen lassen.

Die Antworten haben wir (Auszugsweise) beigefügt.

Wir hoffen damit, für den Justizvollzug, einen Überblick über das was uns wahrscheinlich erwartet, an die Hand zu geben, denn wir halten es als **BSBD Berlin** für wichtig, dass die Beschäftigten wissen unter welchen Arbeitsbedingungen und beruflichen Perspektiven wir zukünftig arbeiten müssen.

### **Wir bleiben dran**

Unter der Formulierung „Können setzt Wollen voraus“ bleibt zu hoffen, dass der nächste Senat und das Parlament die für uns so wichtigen Maßnahmen veranlasst.

Der **BSBD Berlin** als die **Fachgewerkschaft im Justizvollzug** wird sich auch weiterhin sehr kritisch und mit vollem Einsatz für die Verbesserung unseres Arbeitsumfeldes einsetzen und die dringend notwendigen Perspektiven einfordern!

Viele kleine Schritte hat es gegeben, viele wichtige Entscheidungen fehlen – leider!

**Wir bleiben für Euch am Ball – bleibt Ihr für uns gesund!**

*Euer BSBD Berlin* ■



**Welche justizvollzugspolitischen Ziele werden Sie in der nächsten Legislaturperiode verfolgen?**

Unsere freiheitliche Demokratie ist ohne einen Rechtsstaat, dem die Bürgerinnen und Bürger vertrauen können, undenkbar. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Recht und Gesetz konsequent durchgesetzt werden. Unser Ziel ist es deswegen, den Justizvollzug so auszustatten, dass er die ihm anvertrauten Aufgaben gewissenhaft und sorgfältig erledigen kann.

Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswellen werden wir die von uns angestoßene Personaloffensive in der Justiz fortsetzen und mit einem Sonderbauprogramm „Justiz“ den Sanierungsstau in den Justizvollzugsanstalten abbauen und neue moderne Hafträume schaffen.

**Werden Sie die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zurückgestellten Planungen für den Ersatzneu-**

**bau der Teilanstalt I in der JVA Tegel wieder aufgreifen und das Bauvorhaben realisieren? Welche Planung haben Sie für die grundlegend sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, der JVA Moabit und der JVA Tegel?**

Um den Sanierungsstau abzubauen und dem Platzmangel in den großen Justizvollzugsanstalten wie Tegel und Moabit begegnen zu können, werden wir ein Sonderbauprogramm „Justiz“ einrichten. In diesem Zusammenhang werden wir auch neue Hafträume schaffen, die den Anforderungen des 21. Jahrhundert genügen. Dies betrifft vor allem die diesen Anforderungen nicht mehr gerecht werdende Teilanstalt II in Tegel sowie den Neubau der Teilanstalt I in Tegel.

**In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte pensioniert. Daneben bemerken wir Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zu Bundesbehörden. Welche Ideen haben Sie zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Justizvollzug Berlin? Halten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen dienst- und tarifrecht-**

### **lichen Stellenbewertungen für die Beschäftigten im Justizvollzug Berlin für angemessen?**

Wir werden die von uns eingeleitete Personaloffensive für den Justizvollzug fortsetzen und dabei insbesondere auf weitere Zulagengewährung, die Auszahlung von Leistungsprämien, die Gewinnung geeigneter Pensionäre, eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zur Anstellung ausscheidender Zeitsoldaten und auf eine Werbekampagne setzen.

Wir werden prüfen, ob wir weitere Stellenhebungen, wie wir sie in Regierungsverantwortung in der Wahlperiode 2011 bis 2016 vorgenommen haben, realisieren können. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass auch Justizbedienstete in Dienstkleidung kostenfrei die S-Bahn nutzen dürfen, nachdem wir dies bereits für die BVG erreicht haben. Wir werden auch dafür sorgen, dass für die Bediensteten im Justizvollzug eine verbesserte Sicherheitsausstattung und ein bedarfsgerechtes Schulungsprogramm zur Verfügung gestellt wird.

Schließlich muss das Gesundheitsmanagement weiter ausgebaut und verbessert werden.

### **Werden Sie sich für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflagedienst und den Werkdienst einsetzen?**

Wir werden in der kommenden Wahlperiode prüfen, ob und wie eine solche Laufbahn sinnvoll eingeführt werden kann.



**SPD  
LANDESVERBAND  
BERLIN**

### **Welche justizvollzugspolitischen Ziele werden Sie in der nächsten Legislaturperiode verfolgen?**

Die Berliner SPD setzt auf einen modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug, der konsequent und nachhaltig auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist.

Folgende justizvollzugspolitische Ziele stehen für uns im Vordergrund:

- eine konsequente Vollstreckung strafrechtlicher Maßnahmen, die zeitnah nach der rechtskräftigen Verurteilung erfolgt. Die Vollstreckung strafvollzugsrechtlicher Maßnahmen erfordert einen modernen und effektiven Strafvollzug, der konsequent und nachhaltig auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist.

- Für eine menschenwürdige Unterbringung streben wir weitere Investitionen in die bauliche Substanz des Strafvollzugs an.

- Jugendliche Straftäter:innen sollen in einem beschleunigten Verfahren schnell zur Verantwortung gezogen und resozialisiert werden. Wir werden die Zusammenarbeit von Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Jugendvollzugsanstalt, Schulen, Jobcentern und Jugendhilfeeinrichtungen täterorientiert organisieren und intensivieren, um jugendliche Straftäter:innen in ein strafreies Leben zu begleiten. Ein wichtiges Ziel ist der Erwerb von Schul- und Berufsabschlüssen, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

### **Werden Sie die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zurückgestellten Planungen für den Ersatzneubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel wieder aufgreifen und das Bauvorhaben realisieren? Welche Planung haben Sie für die grundlegend sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, der JVA Moabit und der JVA Tegel?**

Die letzten Bewertungen der Sach- und Bedarfslage der Bauvorhaben der JVA Tegel durch den Berliner Senat haben ergeben, dass ein Neubau derzeit nicht als vordringliche Maßnahme für eine nachhaltige Entwicklung der Justizvollzugsanstalt Tegel eingestuft wird.

Dafür wurden die für die Sanierung erforderlichen Mittel der TA III in die Finanzplanung eingestellt. Spätestens 2024 sind die zurückgestellten Planungen für die TA I unter Berücksichtigung der Haushaltslage neu zu bewerten.

Für die sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, JVA Moabit und Tegel werden wir – ebenfalls unter Berücksichtigung finanzpolitischer Entwicklungen – zukunftsfähige Konzepte entwickeln.

### **Wie sehen Ihre Vorstellungen zur Beseitigung des baulichen Investitionsstaus im dreistelligen Millionenbereich in allen Berliner Justizvollzugsanstalten aus?**

Für eine menschenwürdige Unterbringung setzt sich die Berliner SPD dafür ein, weitere Investitionen in die bauliche Substanz des Strafvollzugs anzustreben.

### **In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte pensioniert. Daneben bemerken wir Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zu Bundesbehörden. Welche Ideen haben Sie zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Justizvollzug Berlin? Halten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen**

### **dienst- und tarifrechtlichen Stellenbewertungen für die Beschäftigten im Justizvollzug Berlin für angemessen?**

Im Zuge des demografischen Wandels werden in den kommenden Jahren zahlreiche Beamt:innen altersbedingt den öffentlichen Dienst verlassen. Es ist deshalb wichtig, gut ausgebildete Kräfte für den Berliner Justizvollzug zu gewinnen und zu halten. Die Berliner SPD setzt sich deshalb dafür ein, die Arbeitsbedingungen im Justizvollzug für die Beschäftigten attraktiver zu gestalten und Aufstiegschancen zu verbessern. Familiengerechtes Arbeiten in und für die Justiz und eine wertschätzende Personalentwicklung stehen bei uns im Vordergrund. Die Angemessenheit dienstlicher oder tariflicher Stellenbewertungen auch im Berliner Justizvollzug ist regelmäßig zu überprüfen. Dabei können und müssen Tarifautonomie und rechtliche Vorgaben beachtet werden. Die Berliner SPD hält aber die Bezahlung der Landesbeschäftigten für ein insgesamt bedeutendes Thema.

### **Werden Sie sich für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflagedienst und den Werkdienst einsetzen?**

Wir werden prüfen, ob und in welchem Umfang die Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflagedienst und den Werkdienst erforderlich und umsetzbar ist.



### **Welche justizvollzugspolitischen Ziele werden Sie in der nächsten Legislaturperiode verfolgen?**

Die Schwerpunkte unserer justizvollzugspolitischen Ziele betreffen sowohl die Bediensteten im Justizvollzug als auch die Gefangenen.

Im Bereich des Strafvollzugs und der Resozialisierung haben wir in dieser Legislatur bereits Qualifizierungen beim Personal im Justizvollzug gefördert und Personalaufstockungen vorgenommen, uns für den offenen Vollzug eingesetzt und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Zu den für uns besonders wichtigen Vorhaben in diesem Kontext zählen wir zum einen, den Offenen Vollzug soweit wie möglich und verantwortbar umzusetzen. Denn damit erleichtern wir für Strafgefangene den Weg zurück in die Gesellschaft. Die volle Wiedereingliederung in

die Gesellschaft – ohne Rückfälligkeit – muss das primäre Ziel des Strafvollzugs sein. So stehen wir für den Grundsatz „Gefangene werden Nachbar\*innen“ und einer bestmöglichen Resozialisierung ein. Ein weiterer wichtiger Punkt des Strafvollzuges sind Möglichkeiten zur Weiterbildung für Strafgefangene, sowohl vor als auch nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet, welches wir fortentwickeln wollen, damit in naher Zukunft alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten können – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Analog hierzu steht im Bereich des Jugendstrafvollzugs neben Präventionsarbeit der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Denn jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient, und gerade junge Menschen brauchen eine Perspektive, um diese wahrnehmen zu können. Um bereits jetzt eine bessere und schnelle Betreuung zu gewährleisten, haben wir uns dafür eingesetzt Verfahrensabläufe zu beschleunigen und die Jugendarrestanstalt saniert.

Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben. Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den Bundesdurchschnitt erhöhen.

Die besondere Situation von LSBTIQ\* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

Wir möchten so schnell wie möglich ein neues Justizvollzugsgesetz beschließen. Dazu soll im Rahmen der Vollzugs- und Eingliederungsplanung gesetzlich konkretisiert werden, dass die Gefangenen und Jugendstrafgefangenen bei optimalem Verlauf zum frühestmöglichen Zeitpunkt entlassen werden können und die Anstalten auf dieses Ziel hinarbeiten.

**Werden Sie die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zurückgestellten Planungen für den Ersatzneubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel wieder aufgreifen und das Bauvorhaben realisieren?**

**Welche Planung haben Sie für die grundlegend sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, der JVA Moabit und der JVA Tegel?**

Die Einschätzung, dass die Schaffung weiterer Haftplätze nicht notwendig ist, hat sich angesichts stagnierender Gefangenenzahlen als richtig erwiesen. Viel wichtiger ist die Instandhaltung. Mit einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir die Grundsaniierung der Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit in Angriff genommen. Nur so ist es möglich, in Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert modernen Strafvollzug durchzuführen. So liegt für die Grundinstandsetzung der TA III in der JVA Tegel seit April 2021 ein geprüftes Bedarfsprogramm im Umfang von mehr als 53 Millionen Euro vor. Eine erste Baurate für 2023 ist in dem vom Senat beschlossenen Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 22/23 enthalten. Der Neubau einer zentralen Versorgungsküche in der JVA Plötzensee ist bereits mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von mehr als 20 Millionen Euro im Senatsbeschluss für den Doppelhaushalt 22/23 abgebildet. Die alte Jugendarrestanstalt haben wir bereits diese Legislaturperiode saniert. Sie konnte vor Kurzem durch die Arrestierten bezogen werden. Die Unterbringung jugendlicher Arrestant\*innen in der völlig übersicherten ehemaligen Jugenduntersuchungsanstalt haben wir damit beendet. Die vorhandenen Justizgebäude werden wir energetisch sanieren und den bereits begonnenen Bau von Solaranlagen und Blockheizkraftwerk forcieren.“

**Wie sehen Ihre Vorstellungen zur Beseitigung des baulichen Investitionsstaus im dreistelligen Millionenbereich in allen Berliner Justizvollzugsanstalten aus?**

Auch hier ist es uns gelungen, für eine Trendwende zu sorgen: So wurden die Mittel für den Abbau des Sanierungsstaus im Justizvollzug bereits im Doppelhaushalt 20/21 von bislang 11 Millionen Euro auf 19 Millionen Euro pro Jahr deutlich erhöht. Weitere Mittel im Umfang von 31,8 Millionen Euro werden im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA) für Investitionen im Justizvollzug bereitgestellt.

Wir setzen uns dafür ein, diesen Weg im Rahmen der ab Januar 2022 anstehenden Haushaltsberatungen fortzusetzen.

**In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte pensioniert. Daneben bemerken wir Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zu Bundesbehörden. Welche Ideen haben Sie zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Justizvollzug Berlin? Halten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen dienst- und tarifrechtlichen Stellenbe-**

**wertungen für die Beschäftigten im Justizvollzug Berlin für angemessen?**

Wir möchten das Berufsbild des Justizvollzugs in Berlin attraktiver machen. Denn qualifiziertes Personal ist ein Schlüssel für einen erfolgreichen Justizvollzug. Daher haben wir die Ausbildung modernisiert und die Ausbildungskapazitäten deutlich ausgeweitet. Dank einer Ausbildungskampagne, die alle Teile der Stadtgesellschaft adressiert, ist es uns bisher stets gelungen, genügend geeignete Bewerber\*innen zu finden. Wir sind froh, dass wir auf diese Weise bereits in der laufenden Legislatur nach vielen Jahren erstmals wieder die Soll-Personalstärke im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten erreicht haben. Dies möchten wir langfristig sichern und ausbauen.

Im Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen Folgen der Schichtarbeit abzumildern.

**Werden Sie sich für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflege-dienst und den Werkdienst einsetzen?**

Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst. ■



**Welche justizvollzugspolitischen Ziele werden Sie in der nächsten Legislaturperiode verfolgen?**

Für die Durchsetzung der Regeln unseres Zusammenlebens ist es wichtig, dass Verletzungen schnell, verlässlich und angemessen sanktioniert werden. Berlin braucht deshalb gut ausgestattete Justizbehörden und -vollzugseinrichtungen, die eine schnelle und effektive Strafvollstreckung sicherstellen. Dafür benötigen die Justizvollzugseinrichtungen eine adäquate Ausstattung, Ausrüstung und Ressourcen auf dem Stand der Technik. Wir wollen die Personalsituation im Justizvollzug verbessern durch angemessene Bezahlung samt Aufstiegsmöglichkeiten, eine attraktive Ausgestaltung der Arbeitsplätze und eine Verbesserung der baulichen Situation. Wir wollen zudem ein Programm zur Nachwuchsgewinnung auflegen. Wir wol-

len ausreichende Kapazitäten für die Unterbringung von Strafgefangenen, damit jede Haftstrafe unmittelbar nach Eintritt der Rechtskraft vollstreckt werden kann. Wir fordern außerdem den Aufbau einer Diensthundestaffel, die dauerhaft eingesetzt werden kann, um Drogenhandel und -missbrauch sowie Mobiltelefone und andere illegale Gegenstände aufzuspüren.

**Werden Sie die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zurückgestellten Planungen für den Ersatzneubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel wieder aufgreifen und das Bauvorhaben realisieren? Welche Planung haben Sie für die grundlegend sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, der JVA Moabit und der JVA Tegel?**

Entsprechend unserer Antwort zu Frage 1. setzen wir uns in jedem Fall für die Schaffung ausreichender und zeitgemäßer Kapazitäten in allen Vollzugsbereichen ein. Deshalb stehen wir allen Bauvorhaben, die Berlins Infrastruktur verbessern und modernisieren, positiv gegenüber. Dazu gehört nicht zuletzt auch die aufgeschobene Neuerrichtung der Teilanstalt 1 und die Sanierung der Teilanstalt 3 in der JVA Tegel.

**Wie sehen Ihre Vorstellungen zur Beseitigung des baulichen Investitionsstaus im dreistelligen Millionenbereich in allen Berliner Justizvollzugsanstalten aus?**

Es muss ein Maßnahmenplan aufgestellt werden, der die Beseitigung des Rückstaus mit konkreten Umsetzungsschritten unterlegt, die in der Reihenfolge klar priorisiert und finanziell zuverlässig unterlegt sind. Planungs- und Bauleistungen dafür müssen zügig vergeben werden.

**In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte pensioniert. Daneben bemerken wir Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zu Bundesbehörden. Welche Ideen haben Sie zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Justizvollzug Berlin? Halten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen dienst- und tarifrechtlichen Stellenbewertungen für die Beschäftigten im Justizvollzug Berlin für angemessen?**

Wie in Antwort 1 bereits erläutert, gehört für uns zur Attraktivität des Berufsbildes vor allem eine attraktive, leistungsgerechte Besoldung und die Chance eines leistungsgerechten Aufstieges. Bediensteten des Justizvollzugsdienstes soll die Chance eröffnet werden, bei sehr guten Leistungen bis zur Besoldungsgruppe A11 und bei herausragender Leistung bis zur Besoldungsgruppe A13S aufzu-

steigen. Die Berliner Vollzugsbediensteten haben es im Verhältnis zu anderen Bundesländern mit besonderen Herausforderungen zu tun, sind aber bei der Besoldung schlechter gestellt. Das halten wir für nicht angemessen.

Zudem muss sich auch die Personalausstattung verbessern, denn die Arbeit in einem personell unterbesetzten Bereich ist ebenfalls nicht attraktiv. Erleichtern wollen wir die Arbeit zudem, wie bereits erwähnt, mit dem Aufbau einer Hundestaffel zur Sicherung von Drogen und anderen illegalen Gegenständen innerhalb der Haftanstalten.

**Werden Sie sich für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflege-dienst und den Werkdienst einsetzen?**

Die FDP macht sich in allen Bereichen dafür stark, dass Menschen mit ihrer Leistung etwas erreichen können. Deshalb wollen wir auch im Öffentlichen Dienst mehr Flexibilität und Durchlässigkeit. Auch Laufbahnerweiterungen stehen wir daher grundsätzlich – wenn sinnvoll – offen gegenüber. ■

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN

**Welche justizvollzugspolitischen Ziele werden Sie in der nächsten Legislaturperiode verfolgen?**

Die Gefangenen von heute sind unsere Nachbarn von morgen. Wir werden die Bedingungen der Resozialisierung in den Justizvollzugsanstalten verbessern sowie die Unterstützung der in diesem Bereich tätigen Träger erhöhen. Die Strafgefangenen sollen bessere Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung erhalten.

Die Entlohnung von Strafgefangenen im Justizvollzug muss angemessen sein und sich mindestens am Mindestlohn orientieren. Die schlechte Bezahlung nehmen wir nicht hin.

Die Entwicklung bei Suiziden und Suizidversuchen in den Justizvollzugsanstalten ist besorgniserregend. Deswegen wollen wir aufbauend auf der Suizidpräventionsstudie des kriminologischen Dienstes die Suizidprävention in den Anstalten verbessern. Darüber hinaus wollen wir die Stärkung der Präventions- und Opferschutzangebote fortsetzen.

Momentan wird durch die Justizverwaltung erhoben, wegen welcher Ursachen Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern bei der 1/2 und 2/3 Entlassung weit hinten liegt. Wir wollen die Erkenntnisse dieser Erhebung in Vollzugsver-

besserungen umsetzen, so dass auch in Berlin die Möglichkeiten einer frühzeitigen Haftentlassung genutzt werden können.

**Werden Sie die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode zurückgestellten Planungen für den Ersatzneubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel wieder aufgreifen und das Bauvorhaben realisieren? Welche Planung haben Sie für die grundlegend sanierungsbedürftigen Altbauten in der JVA Plötzensee, der JVA Moabit und der JVA Tegel?**

Die Berliner Haftanstalten sind überwiegend in die Jahre gekommen, so dass die bauliche Unterhaltung unter Abwägung der Interessen der Gefangenen, des Vollzugs und des Denkmalschutzes eine schwer zu bewerkstellende Aufgabe ist. Welche konkreten Neubauten möglich sein werden und in welcher Reihenfolge die Sanierungen von Anstalten erfolgen kann, wird erst nach Feststellung der dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und Baukapazitäten abschließend beurteilt werden können.

**In den nächsten Jahren werden viele Beschäftigte pensioniert. Daneben bemerken wir Abwanderungstendenzen in andere Länder oder zu Bundesbehörden. Welche Ideen haben Sie zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Justizvollzug Berlin? Halten Sie in diesem Zusammenhang die bisherigen dienst- und tarifrechtlichen Stellenbewertungen für die Beschäftigten im Justizvollzug Berlin für angemessen?**

Wir wollen die Arbeitsbedingungen des Allgemeinen Vollzugsdienstes verbessern, um seine Attraktivität für die Nachwuchsgewinnung zu erhöhen. Ein funktionierender Rechtsstaat braucht qualifizierten Nachwuchs. Bereits in der laufenden Legislaturperiode hat R2G die Ausbildung für den Justizvollzug wieder hochgefahren.

Wir wollen auch zukünftig über den aktuellen Bedarf hinaus ausbilden, damit die drohende Pensionierungswelle über einen längeren Zeitraum gestreckt und andere Fluktuationen abgefangen werden können.

**Werden Sie sich für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst, den Krankenpflege-dienst und den Werkdienst einsetzen?**

Ja. Wir setzen uns für die Einführung des gehobenen Dienstes im Justizvollzug ein. Ob dies umsetzbar ist, lässt sich erst nach einer Gesamtschau der finanziellen Möglichkeiten des Landes nach Bewältigung der aktuellen Pandemie beurteilen. ■